



## Mitteilungen der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu allererst möchten wir uns bei allen Kollegen herzlich bedanken, die ihre Bereitschaft erklärt haben und sich aktiv ehrenamtlich an der Corona-Hotline des Landes Baden-Württemberg und der Telefonhilfe für Pflegefachpersonen beteiligt haben. Sie haben so Menschen professionelle Hilfe angeboten, die durch die Pandemie psychisch in Not geraten sind und Unterstützung gesucht haben.

Auch wenn wir unser Alltagsleben zwischenzeitlich mit weniger Restriktionen gestalten und beispielsweise wieder in Urlaub fahren oder uns zum Essen mit Freunden treffen können, ist unser Alltag und unsere berufliche Situation in Praxen, Kliniken und anderen Einrichtungen noch immer stark durch die Gefahr einer Ansteckung mit dem Coronavirus beeinflusst. Hier gilt es, ein gesundes Maß an Gelassenheit an den Tag zu legen, d. h. angesichts des bestehenden Bedrohungsszenarios weder in panische Angst zu verfallen noch in einen unangemessen leichtfertigen Umgang abzugleiten.

Zugleich müssen wir mit Blick auf die Zukunft für eine Verbesserung der Versorgungssituation für Menschen mit psychischen Erkrankungen eintreten. Eine Herausforderung wird sicher die gesetzlich geforderte koor-

dinierte Versorgung für Menschen mit komplexem Behandlungsbedarf sein. Darauf müssen wir uns alle gut vorbereiten, zu welchem Zweck wir zusammen mit dem Sozialministerium Veranstaltungen planen, um die verschiedenen Bedarfe zu erfassen und bereits bestehende Hilfsangebote in Baden-Württemberg vorzustellen. Gemeinsam wollen wir darüber ins Gespräch kommen, wie diese besser koordiniert werden könnten. Nur wenn wir entsprechende Angebote kennen, können wir Betroffene in Sprechstunden gut beraten, ihre Behandlung koordinieren und von unserer Befugnis zur Verordnung von Psychotherapie und anderen Hilfen gezielt Gebrauch machen.

Wir hoffen, dass Sie weiterhin mit den teilweise erschwerten Alltags- und Arbeitsbedingungen gut zurechtkommen, dass Sie für sich und Ihre Patienten geeignete Lösungen für die Behandlungen finden und – nicht zuletzt – dass Sie gesund durch diese Zeit kommen.

Ihr Kammervorstand

Dietrich Munz, Martin Klett,  
Dorothea Groschwitz, Birgitt Lackus-Reitter und  
Roland Straub

## Erfolgreiche Corona-Hotline für Menschen mit psychischen Belastungen

Über die Initiative „Corona-Hotline“ hatten wir bereits im Psychotherapeutenjournal 2/2020 berichtet. Sie wurde als gemeinsame Initiative des baden-württembergischen Sozialministeriums, dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim, der Landesärztekammer, der Landespsychotherapeutenkammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ins Leben gerufen und war ab Mitte April bis Ende Juli freigeschaltet. Ziel war ein breites niederschwelliges Hilfsangebot für Menschen, die aufgrund der Corona-Pandemie hohen psychischen Belastungen ausgesetzt waren.

Sozialminister Manfred Lucha bedankte sich bei allen beteiligten Kooperations-

partnern und vor allem bei den über 750 professionellen Helfern, darunter ca. 500 ärztliche und Psychologische Psychotherapeuten sowie auch rund hundert PiA. In seinem Dankeschreiben an alle Mitwirkenden betonte er, dass für die Einrichtung eines solchen Angebotes normalerweise ein großer zeitlicher Vorlauf und ein nicht unerhebliches Finanzbudget erforderlich seien. Sehr schnell sei dann aber genau auf diese Frage durch das Engagement aller Beteiligten eine „grandiose und Mut machende Antwort“ gegeben worden, nämlich die, dass es im Krisenfall möglich sei, ein leicht zugängliches, kostenloses und gleichwohl fachlich anspruchsvolles Angebot für die Bürger des Landes einzurichten. „Sie waren

selbst in einer schwierigen Situation, waren mit der Frage beschäftigt, wie es denn weitergehen soll und haben dennoch umgehend Ihre Bereitschaft erklärt, eine schlagkräftige Telefon-Hotline aufzubauen. Das war keine Selbstverständlichkeit und dafür bedanke ich mich von ganzem Herzen bei Ihnen“, so Sozialminister Lucha.

Die LPK hatte ihre Mitglieder via E-Mail gebeten, an der Hotline mitzuwirken. Bis zur Einstellung der Hotline Mitte Juli wurden über 8.000 Anrufer vermittelt, die meisten in den Abendstunden zwischen 17.00 und 19.00 Uhr. Die Gespräche dauerten im Durchschnitt ca. 25 Minuten, bei ca. 40 % bis zu einer Stunde (Abb. 1). Bei über 90 % der

Anrufe handelte es sich um einmalige Gespräche, in den meisten Fällen um kurze Kriseninterventionen und/oder Verweise/Beratung bzgl. Behandlungsmöglichkeiten. Themen waren u. a. coronaspezifische Ängste, depressive Reaktionen oder die Bewältigung der Quarantänesituation. Die überwiegen-

de Mehrheit der teilnehmenden professionellen Mitwirkenden bewertete das Projekt als sinnvoll und hilfreich für die anrufenden Hilfesuchenden.

„Um Ihnen meinen Dank und Verbundenheit auch praktisch auszudrücken, plant das Ministerium für Soziales und Integration exklusiv für Sie im nächsten Jahr einen Fachtag zum Thema ‚Niedrigschwelliger Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung‘“, so Manne Lucha.

Die Hotline wurde Mitte Juli wieder abgeschaltet, nachdem sich die Infektionssituation beruhigt hatte und die Hotline weniger in Anspruch genommen worden war (Abb. 2). Zudem hatten sich in einer Befragung 79 % der teilnehmenden 134 Professionellen dafür



Abbildung 2: Anzahl der Anrufe bei der Telefon-Hotline im Verlauf der letzten 13 Wochen

ausgesprochen, die Hotline im Umfang zu reduzieren (22 %) oder momentan ruhen zu lassen (57 %). In Einklang mit der Einschätzung der Initiatoren der Hotline wurde sie deshalb in eine Ruhephase geschaltet. Falls es zu einer erneuten Zuspitzung der Corona-Situation kommen sollte, würde die Hotline wieder aktiviert werden.



Abbildung 1: Durchschnittliche Dauer der Gespräche bei der Telefon-Hotline

### 3. Versorgungsbericht „Traumatisierte Geflüchtete“

Die Landesärztekammer, die psychosozialen Zentren für Geflüchtete und Folteropfer in Baden-Württemberg und die LPK arbeiten seit etwa Beginn des Jahres intensiv an der Erstellung des 3. Versorgungsberichts „Traumatisierte Geflüchtete“. Die Veröffentlichung, die sich durch die Corona-Krise verzögert, ist nun für Ende 2020 vorgesehen.

An der aus etwa zehn Vertretern der genannten Institutionen bestehenden Arbeitsgruppe nehmen seitens der LPK BW Vorstandsmitglied und Flüchtlingsbeauftragte Birgitt Lackus-Reitter sowie Dr. Rüdiger Nübling teil. Themen des Berichts sind u. a. die Beschrei-

bung des Bedarfs an Hilfsangeboten und die stationäre und ambulante Versorgung Geflüchteter in Baden-Württemberg, hierbei vor allem Möglichkeiten und Grenzen zum Beispiel bei der Einbeziehung von Sprachmittlern/Dolmetschern in die Behandlung, der Zugang zur Versorgung und vieles andere mehr. Ausführlicher eingegangen wird auf die Angebote der psychosozialen Zentren, die auf die Versorgung von traumatisierten Geflüchteten spezialisiert sind. Durch den Bericht sollen auch Kernbotschaften an die Politik bzw. Entscheider im Gesundheitswesen vermittelt werden, u. a. zur Notwendigkeit einer dauerhaften Finanzierung dieser Angebote.

Hier sei auch auf die Veranstaltung des Sozialministeriums zur „Versorgung von traumatisierten Geflüchteten“ hingewiesen, an der auch LPK-Vorstandsmitglied Lackus-Reitter mitwirkte. Die Präsentationen und Redebeiträge finden Sie hier: <https://bit.ly/2BTkK9L>.

Die LPK wird sich hier weiterhin engagieren und bittet daher ihre niedergelassenen Mitglieder in KV- und privater Praxis um Aufnahme in die von der LPK geführten Behandlerliste. Die laufend aktualisierte Liste dient dazu, Geflüchtete mit Behandlungsbedarf besser in die ambulante psychotherapeutische Versorgung vermitteln zu können. Hierzu werden wir die betreffenden Mitglieder separat per Mail anschreiben.

### LPK-Vorstand trifft sich im ZfP Reichenau zum Austausch mit dem Sozialministerium und der Leitung der Forschungsstation

Am 23. Juni 2020 fand auf der Forschungsstation mit Standort im Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Reichenau in Konstanz ein Treffen statt, zu dem auch der LPK-Vorstand eingeladen war. Anwesend waren ein Vertreter des Referats „Psychiatrie, Sucht“ des

Sozialministeriums Baden-Württemberg, Dr. Michael Konrad, Prof. Daniela Mier, Lehrstuhl Klinische Psychologie der Universität Konstanz, welche die Hochschulambulanz und die seit 1996 bestehende Forschungsstation auf der Reichenau führt, der Leitende

Psychologe der Forschungsstation Dr. Michael Odenwald und die zuständige Chefärztin der Klinik für Allgemeinpsychiatrie Ann-Kristin Hörsting. Für die LPK nahmen neben Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz Vizepresident Martin Klett und Vorstandsmitglied Dr. Roland

Straub teil. Dr. Konrad war im Sozialministerium für die Betreuung der Corona-Hotline zuständig.

Auf dem Plan standen unterschiedliche Anliegen:

- wechselseitige Information zum Stand der Umsetzung der Weiterbildungsreform und insbesondere dazu, wie die Verknüpfung von Klinik, Weiterbildung und Forschung am Beispiel eines integrativen Konzepts wie desjenigen in der „Reichenau“ aussehen könnte,
- ein erster Austausch dazu, wie eine bessere Einbindung der Psychotherapie in gemeindepsychiatrische Angebote gelingen könnte sowie
- eine Diskussion zur Umsetzung der GBA-Beschlüsse zur Verordnung durch Psychotherapeuten, z. B. zur Verordnung von Leistungen zur häuslichen Krankenpflege, medizinischer Rehabilitation, Soziotherapie und Krankentransporten.
- Zuletzt wurde der aktuelle Stand der Aktivitäten und das weitere Vorgehen zur Corona-Hotline besprochen (für Infos zur Hotline siehe den Beitrag oben).

Die Hotline habe sich, wie Dr. Michael Konrad ausführte, als kostenloses, fachlich kompetentes und niederschwellig erreichbares Angebot des Landes Baden-Württemberg bewährt, mit dem die Bürger Sorgen und Ängste angesichts der Pandemie auf psychotherapeutischem Niveau ansprechen konnten.

Im weiteren Gespräch entstand die Idee, gemeinsam mit dem Ministerium einen Fachtag als Dank an die Teilnehmenden der Hotline zu organisieren, der sich mit der Schaffung ambulanter psychotherapeutischer Angebote für komplexe Versorgungsbedarfe von schwer psychisch kranken Menschen sowie deren Vernetzung und Koordination befassen solle. Der Fachtag könne für Herbst 2021 durch das Ministerium initiiert werden. Dies wurde zwischenzeitlich den Teilnehmenden durch ein Dankeschreiben des Ministers mitgeteilt. Ausgetauscht wurden verschiedene Ideen, wobei man sich einig war, dass sich bei der Veranstaltung sozialpsychiatrische Dienste, poststationäre Reha, Wohngruppen usw. vorstellen könnten. Darüber hinaus sollten ggf. die Landesärztekammer und die KV Baden-Württemberg einbezogen

werden. Zunächst soll sich eine Gruppe von Vertretern aus den relevanten LPK-Ausschüssen mit dem Sozialministerium zu einem weiteren Ideenaustausch treffen.

Weiterer Punkt der Gespräche in Konstanz war im Kontext besserer Vernetzung, die weitere Teilnahme der LPK im Landesarbeitskreis (LAK) Psychiatrie zu bestätigen, da gerade dessen Geschäftsordnung aktualisiert wird und dadurch Mitglieder neu benannt und bestimmt wurden. Der LAK ist in § 11 Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz festgeschrieben und berät das Ministerium bei der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung. Zentrales Instrument sind sektorenübergreifende Arbeitsgruppen zu aktuellen Themen. Im LAK sind seit vielen Jahren der Verband der Klinikpsychotherapeuten und seit ihrer Gründung 1999 die LPK als Mitglieder dabei. Im Gespräch mit Dr. Konrad wurde eine Aufnahme des Verbundes der Ausbildungsinstitute 3abw diskutiert und für wichtig erachtet, mit der Zusage, diese weitere Mitgliedschaft zu prüfen. Zwischenzeitlich hat der LAK Psychiatrie getagt und das Ministerium hat der Teilnahme aller drei als Mitglied dieses beratenden Gremiums zugestimmt.

## Barmer-Studie zu der seit 2017 geltenden Psychotherapie-Richtlinie – Interview mit LPK-Präsident Dr. Dietrich Munz

Mit der Reform der Psychotherapie-Richtlinie im Jahr 2017 wurde der Besuch einer psychotherapeutischen Sprechstunde Voraussetzung für den Beginn einer Psychotherapie in der ambulanten kassenärztlichen Versorgung. Wie Kammerpräsident Dr. Dietrich Munz im Interview mit der Badischen Zeitung am 18. Juli 2020 hervorhebt, verlief der Umsetzungsprozess bei den Kollegen „sehr zügig“. Die psychotherapeutische Sprechstunde habe sich schnell bewährt. Anlass des Interviews, an dem auch Barmer-Landesgeschäftsführer Winfried Plötze beteiligt war, waren die Veröffentlichung der Resultate des Barmer Arztreports 2020, für den über 2.000 Versicherte befragt worden waren, die eine psychotherapeutische

Sprechstunde in Anspruch genommen hatten. Zudem wurden die Abrechnungsdaten aus 2016 und 2018 in dieser Studie verglichen.

Ergebnisse der Studie: Nach der Reform hatten im Jahr 2018 bundesweit 12 % mehr Menschen Kontakt zu Psychotherapeuten als 2016, in BW betrug der Anstieg knapp 9 %. Die Versicherten stellten der psychotherapeutischen Sprechstunde ein überwiegend positives Zeugnis aus, mehrheitlich fühlten sich die Befragten durch sie gut betreut, ca. 2/3 konnten danach innerhalb von vier Wochen eine Psychotherapie beginnen. Letztere wurde meist (71 %) dort begonnen, wo auch die Sprechstunde stattfand. Ebenfalls ca. 2/3 wa-

ren nach Therapieende mit dem Ergebnis vollkommen oder sehr zufrieden.

Die Studie weist auch darauf hin, dass die Anzahl der Psychotherapeuten in den vergangenen Jahren angestiegen ist, aber deutlich weniger davon in Vollzeit arbeiten. Dies entspricht der allgemeinen Entwicklung zu mehr halben Kassensitzen für Psychotherapie. Weiterhin wurde untersucht, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, die innerhalb eines Jahres Kontakt mit Psychotherapeuten hatte. Dieser ist in gut versorgten Städten wie Freiburg und Heidelberg etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die weiterhin bestehenden Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz weisen auch in den Regionen

mit relativ guter Versorgung aus Sicht der LPK BW eher auf eine nach wie vor bestehende Unterversorgung und weiterhin mangelhafte Bedarfsplanung hin. Zudem sieht Kammerpräsident Munz das häufig gepflegte Vorurteil widerlegt, dass Psychotherapeuten jeden in Behandlung nehmen, der bei ihnen anfragt. Für fast 30 % der befragten Versicherten sei keine Behandlung in der psychotherapeutischen Praxis indiziert gewesen, diese seien dann an andere, z. B. stationäre Behandlungsangebote weiterverwiesen worden.

Insgesamt könne hervorgehoben werden, dass Patienten/Versicherte von einer ambulanten Psychotherapie profitieren und mit dem Ergebnis zufrieden sind. Die Studie gibt es hier: <https://www.bifg.de/publikationen/reporte/arztreport-2020>.

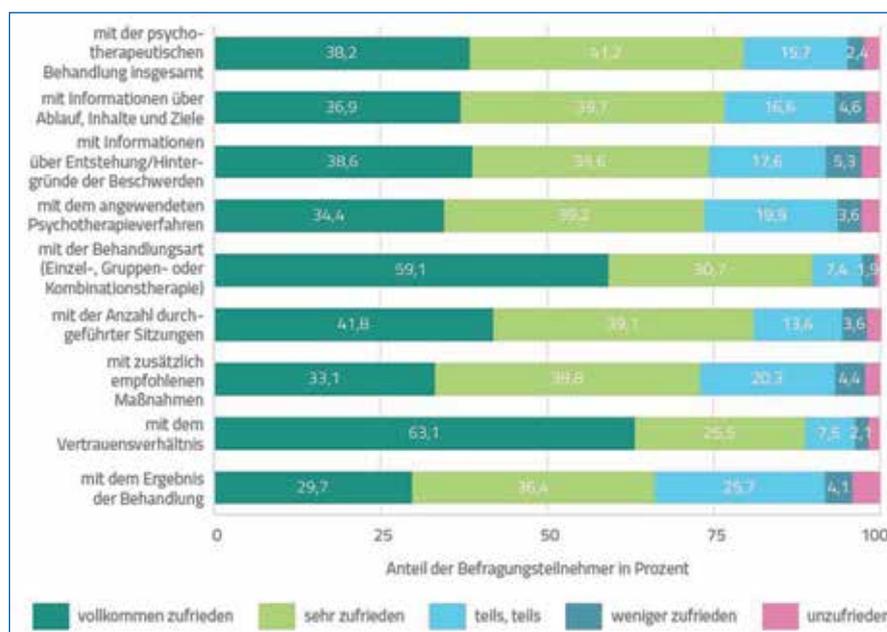


Abbildung 3: Zufriedenheit der Versicherten mit unterschiedlichen Aspekten einer psychotherapeutischen Behandlung  
Quelle: BARMER-Versichertenbefragung 2019 (gewichtete Ergebnisse, ohne Berücksichtigung der Kategorie „keine Angabe“)

## Bekanntmachung über die Auslage des Prüfberichtes 2019 sowie des Haushaltsplanes 2021 der LPK BW zur kammeröffentlichen Einsichtnahme

Gemäß §§ 27 Abs. 4, 28 Abs. 3 der Hauptsatzung werden der Prüfbericht über den Jahresabschluss 2019 und der prospektive Haushaltsplan 2021 in der Zeit vom 26. Oktober bis zum 22. No-

vember 2020 für alle Kammermitglieder in der Geschäftsstelle, Jägerstrasse 40, 70174 Stuttgart, zur kammeröffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Falls Sie diese Dokumente einsehen möchten,

bitten wir Sie um vorherige Terminabstimmung per Telefon (0711/674470-0) oder per E-Mail ([info@lpk-bw.de](mailto:info@lpk-bw.de)).

**ZUM VORMERKEN:** KJP-Fachtag zum Thema „Psychotherapie im Kontext von Trennung und Scheidung“ am 10.10.2020 in Stuttgart. Infos unter: [www.lpk-bw.de/fortbildung/veranstaltungen](http://www.lpk-bw.de/fortbildung/veranstaltungen).

### Geschäftsstelle

Jägerstr. 40, 70174 Stuttgart  
Mo.–Fr.: 9.00–12.00 Uhr  
Mo.– Do.: zus. 13.00–15.30 Uhr  
Tel.: 0711/674470-0  
Fax: 0711/674470-15  
[info@lpk-bw.de](mailto:info@lpk-bw.de)  
[www.lpk-bw.de](http://www.lpk-bw.de)